

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis monatlich 0.20 Rentenmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandbindungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Verlag in Leipzig, Zeiger Straße 30, IV., (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27 503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 0.40 Rentenmark. Aufnahme nur bei vorüberiger Gebühren-Einbindung auf Postcheckkonto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß, Leipzig, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 33

Sonnabend, den 16. August 1924

28. Jahrgang

Von der Berufskrankheit.

Die Steinbearbeitung erfordert unter den Steinarbeitern nach wie vor immer noch ihre Opfer. Heimgeleitet von den Wirkungen des Staubs-Einatmens sind bekanntlich die Steinmehrer oder Steinhauer am meisten, und hier wiederum jene, die Tag aus, Tag ein die Sandsteinbrocken bearbeiten müssen. Ja, sie müssen es, um leben zu können mit ihren Familien! Die Steinbrecher in einzelnen Sandsteinbruchgebieten kommen infolge der Art der Steingewinnung ebenso in Frage wie die Steinmehrer. Wenn nun auch augenblicklich durch Sparlichkeit und Abbau ein deutlicher Rückschritt auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes zu verzeichnen ist und folgedessen mancher dringende Wunsch, manche notwendige Forderung auf Erfüllung vorläufig nicht rechnen kann, so darf unser Verband in der Unterlagenammlung und in ihrem exakten Aufbau nicht erlahmen.

Die durch den Abbau auf sozialpolitischem Gebiet abgebrochene Untersuchung der Steinarbeiter durch die Landesgewerkschaften und die unterbrochene neue Untersuchungsreise über den Gesundheitszustand durch die Gewerbeinspektionen wird doch in absehbarer Zeit wieder aufgenommen werden müssen. Wir wissen aus bestimmter Quelle, daß namhafte und berufstätige Ärzte für den Gesundheitschutz in der Steinbearbeitung weiterhin arbeiten und Untersuchungen anstellen, dabei auch bereits zu besonderen Feststellungen gelangt sind, auf die später zu gegebener Zeit noch näher zurückzukommen wäre. Heute sei nur soviel gesagt, daß die neueren Forschungen es ablehnen: die „Steinlunge“ mit Lungentuberkulose (Schwindhucht) auf eine gleiche Stufe zu stellen! Wohl hat die durch Staubsstaub zerstörte Lunge auf die Lebensdauer und auf den Gesundheitszustand des Steinarbeiters dieselbe Wirkung wie die schreckliche Volkspein: Schwindhucht. Nur soll der im wirklichen Sinne des Wortes mit Recht als Berufskrankheit bezeichnete Lungenschwund der Steinmehrer usw. nicht dieselbe Anfechtungsgefahr in sich bergen, wie schlechthin die wirkliche Lungentuberkulose (Schwindhucht) durch ihren Bazillenauswurf. Diese Feststellungen werden belegt durch Untersuchungen von Familienangehörigen lungentranter noch lebender, und von Angehörigen bereits gestorbenen lungentranter Steinarbeiter. Diese Forschungen sind noch nicht als abgeschlossen anzusehen, sie ändern in ihrem Resultat auch an dem benötigten Lebensschutz in der Steinbearbeitung nichts. Im Gegenteil ist diese Feststellung nach unserer Auffassung ein weiterer Schritt, um die von der Berufskrankheit befallenen bedauernswerten Steinarbeiter und ihre Familien in die Unfallfürsorge einzugliedern.

Von einem Arzt, der auf diesem Gebiete mit Liebe und Emigkeit arbeitet, erhalten wir nachstehenden Hinweis, der in erster Linie von den Kollegen der Steinbearbeitung Beachtung verdient; denn es handelt sich gerade um sie und nicht zuletzt um ihre Familien.

Neben der Steinlunge der Steinarbeiter ist die wissenschaftliche Forschung zu einem klaren Ergebnis noch nicht gelangt. Es scheint daher notwendig, daß die im Beruf Tätigen noch mehr als bisher durch klare, vorurteilsfreie Beobachtung mit-helfen, das Rätsel der Erkrankung zu lösen. Das ist auch die Ansicht namhafter Gewerbeärzte.

Jeder Steinarbeiter, der an einem chronischen Lungenleiden erkrankt ist, sollte daher seiner Zustelle möglichst genaue Angaben machen über folgende Fragen:

1. Wie lange im Beruf tätig?
2. Ob regelmäßig, oder mit größeren Unterbrechungen beschäftigt gewesen?
3. Ob als Steinmehrer oder als Brecher tätig?
4. Ob immer dasselbe Material behauen, oder wenn nicht, wie lange etwa die verschiedenartigen Gesteinsarten bearbeitet worden sind?
5. Welche Gesteinsart macht er am ehesten für sein Leiden verantwortlich?
6. Wann hat er sich zuerst krank gefühlt und wie war der Verlauf des Leidens?

Jeder an Atemnot oder sonstigen Lungenbeschwerden Leidende sollte sich möglichst bald in ärztliche Behandlung begeben. Wenn er den Arzt auf die vermeintliche Ursache aufmerksam macht, wird dieser wiederholt seinen Auswurf untersuchen lassen und ihn auch einer Lungendurchleuchtung unterziehen.

Wenn es sich so herausstellt, daß der Patient an einer beginnenden Steinlunge leidet, so wird er ihn, wenigstens für kurze Zeit, zur Beobachtung in eine größere Krankenanstalt überweisen, wo exakte Untersuchungsmethoden zur Verfügung stehen.

Nur so kann, vorausgesetzt, daß der Patient früh genug sich in ärztliche Behandlung begibt, einem ernstlichen Leiden vorgebeugt werden, und dadurch, daß der Steinarbeiter seine Angaben dem Zentralverband macht, trägt er dazu bei, statistische Beweise für die schädliche Ursache seiner Erkrankung zu liefern, um so Maßnahmen für bessere Verhütung solcher Zustände zu erwirken.

So viel steht jetzt schon fest, daß die erste Bedingung zur Verhütung der Steinlunge eine gesunde Naseatmung darstellt; denn durch sie wird der größte Teil des Staubes abgefangen, während die Atmung durch den Mund das Eindringen der feinsten, feinsten Kieselsäureteilchen in die Lunge nicht verhindern kann.

Das Vorstehende wird die Verbandsleitung veranlassen müssen, auf gewissen Formularen, die der Statistik dienen, eine entsprechende Anweisung vorzunehmen, und es wird zu prüfen sein, in welcher Form es auf andre, sehr gesundheitsgefährliche Steinmaterialien auszuweiten wäre. Wir weisen nur auf die Schiefer-Griffelindustrie in Thüringen hin und auf die Quarzschieferbearbeitung in Schlesien. Es kann vom Kulturstandpunkt aus nicht verantwortet werden, wenn in einigen Gruppen der Steinbearbeitung die besten Facharbeiter an der Berufskrankheit aussterben und in andern Gruppen, in denen die Facharbeit allerdings nicht so ausgeprägt ist, die Steinarbeiter wie die Fliegen sterben. Hier müssen wir uns rühren und die medizinischen Wissenschaftler immer erneut auf die furchtbare Lage dieser Steinarbeiter aufmerksam machen, damit die einfachste, selbstverständliche menschliche Pflicht erfüllt wird. Eine Pflicht, die wurzelt im vermehrten Lebensschutz in der Steinbearbeitung! Dazu muß jeder Steinarbeiter im Sinne der obigen Darlegungen und Anregungen mitwirken. Vom rein beruflichen Gesichtspunkt aus gesehen, müßten natürlich auch die Arbeitgeber in der Steinindustrie hierauf ihr Augenmerk richten. Aber das steht bekanntlich auf einem andern Blatt.

Die soziale Bewegung in Deutschland seit der Stabilisierung.

Eine Rundschau.

Der politische und wirtschaftliche Hintergrund der sozialen Bewegung seit der Stabilisierung stellte die Arbeiterklasse vor schwierige Prüfungen, die kaum geringer waren, als die während der Inflationszeit erlittenen. War der hoffnungslose Kampf mit der Geldentwertung dank der Stabilisierung des Geldwertes verschwunden, so traten andre Schwierigkeiten an seine Stelle. Die Erstarkung der politischen Reaktion, die unsichere Lage der Staatsfinanzen haben zu Bestrebungen geführt, die Sozialpolitik abzubauen. Hinzu trat mit Beginn der Stabilisierung eine wirkliche Unternehmerpolitik, die sich über alle Bindungen hinwegsetzte. Die mit der Stabilisierung eingetretenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten — Kreditnot, hohe, die Konkurrenz mit dem Ausland ausschließende Preislage, die nach vorübergehender inländischer Konjunktur zu Betriebs Einschränkungen führte — müssen an dieser Stelle nicht geschildert werden. Für die Arbeiterbewegung galt es sich der neuen Lage anzupassen, Angriffe auf die höchstgeschätzten Errungenschaften der Nachkriegszeit abzuwehren und ihre während der Zeit der Inflation zusammengebrochenen wirtschaftlichen Einrichtungen wieder aufzubauen.

Die drei wichtigsten Fragen der sozialen Bewegung drehen sich um Arbeitszeit, Löhne und Arbeitslosigkeit. Außerdem sind es aber noch eine Anzahl von wichtigen sozialen Fragen, welche den Inhalt der gegenwärtigen sozialen Kämpfe bilden.

Es ist hier nicht der Ort, den großen Kampf um die Erhaltung des Achtstundentags, der seit der Stabilisierung geführt wird, ausführlich zu schildern. Die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassene Arbeitszeitverordnung erlaubt weitgehende Arbeitszeiterweiterungen, hält aber grundsätzlich an dem Achtstundentag fest. Der Kampf geht in erster Linie um die richtige Auslegung dieser Verordnung, daß nämlich die Arbeit über acht Stunden im Tag als eine Ausnahme und die vereinbarte Arbeitszeiterweiterung als Überarbeit zu betrachten ist, die dementsprechend entlohnt werden muß. Der Achtstundentag soll, wo nicht wirtschaftliche Interessen die unbedingte Arbeitszeiterweiterung erfordern, bestehen bleiben. Im allgemeinen kann man wohl sagen, daß diese Kämpfe nicht erfolglos waren. Von der allgemeinen Abschaffung des Achtstundentags kann um so weniger die Rede sein, als selbst in Industriezweigen, wo der neue Tarifvertrag das Recht zur Arbeitszeiterweiterung gibt, oft nur ein Bruchteil der Arbeiterschaft länger als acht Stunden arbeitet. In einer Anzahl von Industriezweigen besteht weiter der Achtstundentag, so in den Schuhfabriken, in der Lederhandschuhfabrikation, in der Möbelindustrie, im Hafendienst usw. In den meisten Tarifverträgen wird die Überarbeit mit einem Lohnzuschlag von 10 bis 25 Prozent vergütet. Nichtsdestoweniger ist der Kampf um die Arbeitszeit noch bei weitem nicht ausgefochten und wird die soziale Bewegung noch für lange Zeit beherrschen. Die Ausfüllung des Reparationsquotienten wird — wie die letzte Tagung des Internationalen Arbeitsamtes in Genf zeigt — die Arbeiterfrage in ihrer Wirkung auf die Beziehungen wieder in den Vordergrund stellen. Aus dem jüngsten Kampf um die Arbeitszeit sollen die an der Frage der Arbeitszeit gescheiterten Tarifverhandlungen im Baugewerbe erwähnt werden.

Nach der Stabilisierung wurden Goldlöhne festgesetzt, die sich bald als vollkommen ungenügend herausstellten. Man hoffte auf einen radikalen Preisabbau, der dank der Ausschaltung der Geldentwertungszuschläge bald nach der Stabilisierung einlehen sollte. Indessen ist dieser nicht bzw. nur ungenügend erfolgt. Nach dem Sinken der Preise Ende 1923 begann bereits im Januar eine Bewegung der Preise nach aufwärts, die bis Mitte April andauerte. Die seitdem erfolgte rückläufige Bewegung war verhältnismäßig unbedeutend. Es mußten um die Erhöhung der Lohnsätze Kämpfe geführt werden. Da in sämtlichen Industriezweigen die Tarifverträge gekündigt und um den Abschluß neuer Tarifverträge Verhandlungen geführt wurden, konnte die Heraussetzung der Löhne erkämpft werden. Von Ende April bis Ende Mai sind z. B. die Reallöhne der Mitglieder von 8 großen Gewerkschaften im Durchschnitt bei Gelehrten um 5,9, bei Angelernten um 7,5 Prozent gestiegen. Trotzdem sind die Reallöhne der Vorkriegszeit auch bei verlängerter Arbeitszeit noch bei weitem nicht erreicht worden. Bei den erwähnten 8 Gewerkschaften betragen die durchschnittlichen Stundenlöhne für Gelehrte 56 Goldpfennig = 82,2 Prozent und für Angelernte 42 Pfg. = 102,4 Proz., die Wochenlöhne für Gelehrte 28,58 Mk. = 82,2 Prozent, für Angelernte 22,88 Mk. = 95,3 Proz. des Vorkriegsreallohns. Da aber der Reallohn in dieser Berechnung durch die Reichsindexziffer der Lebenshaltung errechnet wurde, während die tatsächlichen Lebenshaltungskosten viel höher stehen, so sind die wirklichen Reallöhne im Vergleich zum Vorkriegsstand noch niedriger.

Die Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit, die in den ersten fünf Monaten des Jahres gegenüber der zweiten Hälfte 1923 wesentlich abgenommen haben, erfahren wegen der Verschärfung der Wirtschaftskrise im Juni wieder eine Steigerung. Seit der Stabilisierung werden die Kosten der Arbeitslosigkeit in der Hauptsache von den Arbeitnehmern und Arbeitgebern getragen, wozu noch in erster Linie die Gemeinde, außerdem noch das Land und das Reich Beiträge zu leisten. Der Haushaltsplan des Reichsarbeitsministeriums sieht für das laufende Budgetjahr einen Betrag von 280 Millionen Mark zur Erwerbslosenfürsorge vor, wovon 170 Millionen auf die unproduktive und 110 Millionen auf die produktive Erwerbslosenfürsorge entfallen. Im Reichsfinanzministerium wurden dafür ursprünglich 440 Millionen Mark bestimmt, dieser Betrag ist jetzt herabgesetzt worden. Trotz der Verteilung der Lasten der Arbeitslosenfürsorge auf fünf Teilklassen, sind die Unterstützungsbeiträge äußerst gering. So ist z. B. der Höchstbeitrag, den ein Erwerbsloser mit Familie in Ortsklasse A von Westdeutschland (wofür der höchste Satz gilt) mit Familienzuschlag erhalten kann, 1 Mk. 88 Pfg. täglich, fast schwankt die Höhe der Erwerbslosenunterstützung für erwachsene männliche Erwerbslose über 21 Jahre zwischen 60—90 Pfg. pro Tag; für weibliche Personen und männliche unter 21 Jahren zwischen 35—71 Pfg. Die Unterstützung der Kurzarbeiter ist seit März überhaupt aufgehoben. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen wird dadurch verringert, daß sie nach einer Arbeitslosigkeit von 26, höchstens 39 Wochen die Unterstützungsberechtigung verlieren und der Armenfürsorge überwiegen werden. Auch durch die Forderung des Nachweises einer Bedürftigkeit werden Arbeitslose von der Unterstützung ausgeschlossen. Nach der Verordnung müssen Arbeitslose die ihnen zugewiesenen Kostensarbeiten ausführen, die mit viel unnötiger Härte verbunden ist und nicht entsprechend entlohnt wird. Eine

Selbstverwaltung der Arbeiter bei der Erwerbslosenfürsorge gibt es nicht. Kein Wunder, wenn angesichts der geschilderten Umstände die Bestrebungen zur radikalen Umänderung der Erwerbslosenfürsorge einen wichtigen Platz in der sozialen Bewegung einnimmt.

Die während der Zeit der Inflation zusammengebrochene Sozialversicherung unterlag ebenfalls großen Veränderungen. Die Stabilisierung konnte zwar der Sozialversicherung auf die Beine helfen, ihre Leistungen sind aber sehr herabgedrückt. In bezug auf die Krankenversicherung traten aus Sparrücksichten Verschlechterungen ein, insbesondere für die Kranken auf dem Lande, wo keine freie Arztwahl mehr möglich ist. Die Kranken müssen außerdem einen Teil der Arzneikosten selbst bestreiten. Die Unfallrentner beziehen Monatsrenten von 5—64 Mk. in der Industrieversicherung, 3,60 bis 46,66 Mk. in der Landwirtschaft. Die Invaliden wie auch die Altersrentner erhalten Monatsrenten von 13 Mk., Angestellte 30 Mark. Die landwirtschaftlichen Kreise verlangen den weiteren Abbau der Krankenversicherung, die Herabsetzung der Beiträge und Abschaffung sämtlicher Mehrleistungen wie der Familien- und Wochenhilfe. Sehr wichtig sind außerdem die Bestrebungen zur organisatorischen Umformung der Sozialversicherung. Der Sparfommisär hat eine Vorlage ausgearbeitet, die die Zusammenfassung sämtlicher Arten von Sozialversicherung in ein einziges Institut vorsieht. Dagegen soll durch die Schaffung von Bezirks- und Landesversicherungsanstalten für die Krankenversicherung die Gefahr einer weiteren Zerstückelung gegeben sein. Diese Vorlage, die der Sparkommissar unter Überbreitung seines Wirkungskreises ausgearbeitet hat, wurde nicht durchgeführt. Die Arbeiterklasse muß aber auf der Hut sein, um bei der Umgestaltung der Sozialversicherung nicht ausgeschaltet zu werden.

Ein grundsätzlicher Kampf entbrannte um die Frage der Tarifverträge. Diesen wichtigen Bestandteil des sozialen Rechts wollen die Unternehmer von zwei Seiten her untergraben. Zunächst einmal entfalten sie eine lebhaft propagandistische Tätigkeit für die Abschaffung der Tarifverträge, die an Stelle von allgemeinen Tarifverträgen für eine Industrie treten sollen. Es läßt sich leicht vorstellen, wie die Unternehmer ihre Machtstellung im Betrieb mißbrauchen werden, wenn sie mit ihren Arbeitern Tarifverträge abschließen würden. Der Kampf gegen den „Zwangstarif“, d. h. gegen die Nimmirung der staatlichen Behörden beim Zustandekommen von Tarifverträgen und Schlichtungsverfahren ist eine Form des Kampfes gegen die Tarifverträge selbst. Er äußert sich in einer Sabotage der Unternehmer bei der Teilnahme an den Schlichtungsverhandlungen. Etwas anderes ist die Verbindlichkeitsklärung der Schlichtungspraxis, womit auch gewerkschaftliche Kreise häufig nicht einverstanden sind. Die Praxis des Schlichtungsverfahrens bei Verbindlichkeitsklärungen hat starke Zweifel an der Richtigkeit der letzteren erweckt.

Der Abbau der Beamten und Angestellten ist ein weiterer wichtiger Punkt der sozialen Frage, der hier, so wichtig sie ist, nur angebeutet werden kann. Die Zahl der Abgebauten soll 7—800 000 oder noch mehr betragen. Allein an Bankbeamten sind an die 110 bis 120 000 bisher abgebaut. Die beim Abbau erhaltenen Abfindungssummen sind äußerst gering. Die abgebauten Beamten erhielten 40—80 Prozent des Gehalts als Wartegeld, 35—80 Prozent als Pension, das 2—fache der Monatsentlohnung als Abfindungssumme. Eine Erwerbslosenunterstützung wird ihnen nicht zuteil. Die vom Bankgewerbe bezahlten Abfindungssummen sind lächerlich gering; sie betragen durchschnittlich 100—130 Mk. auf Grund einer Beschäftigungsdauer von 2 bis 3 Jahren. Das Glend der Abgebauten ist demnach außerordentlich groß. Sie können in der Wirtschaft kaum untergebracht werden. Daraus ergeben sich die Fragen der Umschulung und der Auswanderung wie andre, das soziale Leben stark berührende Fragen.

Eine Anzahl sozialer Probleme, die Gegenstand der Tätigkeit der Gewerkschaften bildeten bzw. lebhaft erörtert wurden, seien nur kurz angeführt. Die Umgestaltung des Bankinstituts der freien Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften in eine Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten mit einem Gründungskapital von 750 000 Goldmark, verdient große Beachtung. Später sollen ihr Sparfassen angegliedert werden, damit nicht nur die zentralen Organisationen der Arbeiter und Angestellten, sondern auch die einzelnen Arbeiter die eigene Bankeinrichtung in Anspruch nehmen können. Um den Wirkungskreis der Betriebsräte wird gekämpft: die Arbeitgeber möchten die neue Lage ausnützen, um diesen möglichst einzuschränken, die Arbeitnehmer möchten die gesetzlichen Rechte besser als bisher in Anspruch nehmen. Es handelt sich insbesondere um die Amtsdauer der Betriebsräte, die gegenwärtig sehr kurz ist und um ihre Aufsichtsratsstellen bei den Unternehmungen, mit deren Hilfe ein größeres Mitbestimmungsrecht als bisher erkämpft werden soll. Der Ausbau der organisatorischen Verbindung von Betriebsräten und Gewerkschaften wird gleichfalls lebhaft erörtert.

Die Stabilisierung hat die Erstarkung der freien Gewerkschaften trotz der bleibenden Schwierigkeiten mit sich gebracht. Die Mitgliederzahl ist zwar geringer, dagegen konnten sich die Gewerkschaften finanziell und organisatorisch vielfach kräftigen. Die Jahresversammlungen der verschiedenen Fachverbände und die dort vorgelegten Geschäftsberichte zeugen hierfür. Man kann ruhig behaupten, daß die große Offensive der Unternehmer gegen die Gewerkschaften mißlang. Trotz aller Mißgunst der Zeitumstände verkörpern sie eine Macht, mit der gerechnet werden muß. Insbesondere konnte sich die Gewerkschaftspresse wieder erholen, wenn sie auch ihren alten Umfang im allgemeinen noch nicht erreichte. Zur Vertiefung der Kenntnis der sozialen Bewegung bzw. zur eingehenden Erörterung der gewerkschaftlichen und sozialen Probleme sind neuerdings eine Anzahl neuer Zeitschriften und andre Einrichtungen, wie das Soziale Forschungsinstitut in Frankfurt a. M. ins Leben getreten. Auch diese Zeichen sprechen dafür, daß die soziale Bewegung in Deutschland nach ihrem zeitweiligen Stillstand wieder breitere Wellen schlägt.

A. H.

Zusammenbruch oder Stabilisierung des europäischen Kapitalismus.

Der scharfsinnige Wirtschaftspolitiker der kommunistischen Internationale, Professor Barga, hat in seinem Referat auf ihrem jüngst stattgefundenen Kongress, das uns im Auszug und nicht im Originaltext vorliegt, den Zusammenbruch des europäischen Wirtschaftssystems beziehungsweise die notwendige Fortdauer der Krisen, die zur baldigen Revolution führen müssen, dargestellt. Unbekümmert um parteipolitisch gefärbte Einstellungen ist es für uns in der Tat von großem Interesse, festzustellen, wie es heute um den

europäischen Kapitalismus besteht ist. Daß er sich gegenwärtig in einer kritischen Lage befindet, unterliegt keinem Zweifel. Doch müssen wir in erster Linie zwischen Krisenerscheinungen, die einen vorübergehenden Charakter haben, und solchen die von Dauer zu sein scheinen, unterscheiden. Das ist unsere erste Fragestellung. Die zweite: Wenn der Zusammenbruch, beziehungsweise die schwere Krise des gegenwärtigen europäischen Wirtschaftssystems feststehen, kann ein neues in der Kapitalismus, mit kapitalistischen Mitteln — den Staatskapitalismus unbegriffen — aufgebaut werden, beziehungsweise sind bereits Ansätze hierzu vorhanden und von welcher Bedeutung? Hier können wir nur die einzelnen Punkte anführen, die zu belegen und näher auszuführen uns der knappe Raum verbietet.

Es ist Tatsache, daß die europäische Produktion den Vorkriegsstand immer noch nicht erreicht hat. Zwar sind die Beispiele Vargas über Kohle- und Stahlherzeugung unrichtig — in diesen Produktionszweigen werden bereits die Friedensmengen hergestellt — und wenn wir die sehr gesteigerte Bedeutung der Ausnutzung der Wasserkraft und der sehr erhöhten Ölproduktion uns vergegenwärtigen, so ist das heutige Europa in bezug auf die Wirtschaft besser vorgerückt als vor dem Kriege. Im übrigen besteht aber in der Tat noch eine Unterproduktion in Verbindung mit einem sehr verminderten Außenhandel. Inwiefern kann man füglich annehmen, daß die Vorkriegsproduktion Europas bald wieder hergestellt sein wird. Die Krisenerscheinungen, die aus den Weltwirtschaftskrisen hervorgegangen sind, und zu Inflations- oder Stabilisierungskrisen führten, können ebenfalls in absehbarer Zeit überwunden werden, ebenso die sich aus dem Vorhandensein der großen Staatsdefizite ergebenden Schwierigkeiten. Freilich bedeutet diese Überwindung verschlechterte Lebenslage, eingeschränkten Verbrauch der Bevölkerung, worin die allgemeine Verarmung durch den Krieg zum Ausdruck kommt. Wie ist es nun um die Absatzmöglichkeit der Industrieprodukte bestellt? Zu diesem Punkt kommen folgende Weltkrisenerscheinungen in Betracht: die Agrarkrise, die Industrialisierung der überseeischen Länder, die veränderte Rolle der Vereinigten Staaten in der Weltwirtschaft. Die europäische Agrarkrise bedeutet nicht eine Unterproduktion, die Vorkriegsproduktion agrarischer Produkte ist beinahe überall erreicht. Es handelt sich aber um das Mißverhältnis zwischen den Preisen für landwirtschaftliche und Industrieprodukte. Es ist richtig, daß der Verarbeitungsprozess in der Weltwirtschaft diesem Vorgang Vorhub leistet. Die Produktions- und Preispolitik der Trusts hat in der Tat zu der Uebersteigerung der Weltmarktpreise für Industrieprodukte beigetragen. Die Industrialisierung der überseeischen Länder — gemeint sind Indien, Japan, China, Sudafrica, Brasilien und Kanada — wird unseres Erachtens große Verschiebungen der europäischen Produktion nach sich ziehen; einstweilen droht aber von dieser Seite her keine erhebliche Verschlechterung der europäischen Wirtschaftslage. Einzelne Industrien werden Absatzgebiete verlieren, andre aber solche gewinnen. Viel wichtiger erscheint uns die veränderte Rolle der Vereinigten Staaten in der Weltwirtschaft, die seit dem Krieg zum mächtigsten Gläubigerland geworden waren und zur Ausbeutung ihrer Naturkräfte sowie zum Ausbau einer Riesenindustrie schreiten konnten. Sowohl die Absatzmöglichkeiten wie die Rohstofflager Europas werden dadurch stark in Mitleidenchaft gezogen. Die Arbeitslosigkeit in Europa ist eine sehr starke Krisenerscheinung, die dauernd zu werden droht; sie hängt mitunter auch mit den Fragen der Bevölkerungsvermehrung und den Auswanderungsmöglichkeiten zusammen, die heute weniger als vor dem Kriege gegeben sind, obwohl das Auswanderungsbedürfnis größer ist. Die Zahl der Arbeitslosen ist heute durchschnittlich zweimal so hoch wie vor dem Kriege, wenn auch im allgemeinen ein Rückgang zu verzeichnen ist. Der Behauptung Vargas, daß die Kapitalsakkumulation in Europa nicht mehr möglich sei, kann in dieser Form nicht zugestimmt werden. Tatsache ist, daß die Zahlungsbilanzen der wichtigsten Industrieländer sich wesentlich verschlechtert, die Kapitalsakkumulation sich erheblich verlangsamt hat. Der Verarbeitungsprozess in der Industrie sorgt aber durch die ihm innewohnende Tendenz, durch Hochhaltung der Preise Ueberprofite zu erzielen für die Akkumulation des Kapitals. Endlich muß noch die Reparationsfrage erwähnt werden, deren zu erwerbende Lösung immerhin eine Erleichterung des europäischen Wirtschaftslebens mit sich bringen wird. Das Gesamtbild zeigt also eine Krise des europäischen Wirtschaftssystems, aber, wie auch die politische Macht des Kapitalismus beweist, keineswegs dessen Zusammenbruch.

Was kann aber der Kapitalismus selbst zur Vermeidung beziehungsweise Abmilderung der Krisen leisten? Diese Frage, die Ausgleichung der flauen und regen Wirtschaftsperioden, war bisher mehr Gegenstand wissenschaftlicher Betrachtungen als praktischer Betätigung. Dennoch ist manches für die Zukunft Wich-

Age versucht, beziehungsweise vorbereitet worden. Die Ver- zung der Industrie hat bisher in der Tat nur krisenver- schärfend gewirkt. Ihre Preispolitik und die Produktions- einschränkungen, welche von Seiten der Trusts immer rauh und ohne Bedenken vorgenommen werden können, auf der andern Seite die auf Gewinnjucht beruhende übermäßige Ausweitung der Produktion in Konjunkturzeiten führten zu Krisen, die dann durch eine Hungertur der Wirtschaft wieder für einige Zeit beseitigt werden konnten. An sich ist es aber möglich, daß die Trusts zur Verminderung der Krisen beitragen. Beobachtung der Konjunktur, die von einer zentralen Stelle her leichter möglich ist als durch die einzelnen Produzenten, Einschränkung der Annahme von Bestellungen zur Zeit der Hochkonjunktur, schließlich eine andre Preis- und Lohnpolitik wären die Mittel dafür. In den Vereinigten Staaten wurde während der Zeit der jetzt abgeklungenen Hochkonjunktur der Versuch einer solchen Produktionspolitik gemacht, und es ist anzunehmen, daß die längere Dauer der Konjunktur und der ver- hältnismäßig geringere Grad der Krise mit einer Folge dieser Politik waren. Die heutigen Krisen werden auch durch falsche Kreditpolitik entseht, sowohl in dem Sinne, daß Kreditbeschränkung oder Erweiterung im unrichtigen Zeitpunkt erfolgt, wie auch im Sinne der Anarchie des Kreditwesens, des Mangels an zentraler Regelung. Es waren ebenfalls die Vereinigten Staaten, deren Zentralbank in der letzten Zeit ziemlich weitgehende Eingriffe in die Wirtschaft durch ihre Kreditoperation machten, um dadurch die Konjunktur zu lenken. In dieses Kapitel gehören die Pläne von Keynes, für die künstliche Beeinflussung des Geldwertes und andres mehr, die sämtlich zur Stabilisierung der Wirtschaft führen sollen. Die geschilderten Versuche bezwecken die Stabilisierung der Preise; durch die Ausschaltung der Preisschwankungen soll die Grundlage für ein normales Funktionieren der Wirtschaft geschaffen werden. Es sollen hier noch einige großzügige Versuche zur gemeinsamen Bewertung bzw. Einkauf von Rohstoffen und Agrarprodukten erwähnt werden. In Kanada, Australien, Brasilien, zum Teil in den Vereinigten Staaten, sind für die gemeinsame Bewertung von Getreide, Wolle, Kaffee, Obst usw. Großorganisationen, meist unter Teilnahme des Staates, geschaffen worden. Deren Zweck ist zwar in erster Linie die Erzielung höherer Preise, wodurch im übrigen auch die oben geschilderte Agrarkrise aufgehoben werden soll, außerdem aber soll durch die gemeinsame Bewertung, durch Großorganisationen die Stabilisierung der Preise in die Wege gelitet werden. Die gemeinsamen Einkaufsorganisationen dürften ebenfalls auch zur Ausschaltung großer Preisschwankungen beitragen. Beachtenswert ist die in England bestehende Absicht, für die Aufnahme der Rohstoffe und landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Kolonien ähnliche Ver- und Einkaufsorganisationen ins Leben zu rufen. Es besteht dort fast völlige Einmütigkeit über diesen Punkt. Inwiefern die hier geschilderten Bestrebungen nur oder überwiegend von den Vereinigten Staaten verwirklicht werden, kann sich freilich die europäische Wirtschaftslage noch weiter verschärfen. In England werden vorerst in der Textilindustrie weitgehende Neuerungen unter Zusammenwirken der Unternehmer und Arbeiter erwogen, die auf eine ganz neue Organisation der Produktion unter kapitalistischer Führung hinauslaufen.

Die Bestrebungen, dem europäischen Kapitalismus unter aktiver Teilnahme der Arbeiterschaft auf die Beine zu helfen, sollten nicht unerwähnt gelassen werden. Hier können wieder die Vereinigten Staaten zum Beispiel dienen. Die Arbeiterpolitik eines Henry Ford ist zum Beispiel ein solcher Versuch zur Verbesserung der Arbeiterschaft mit dem kapitalistischen System; auf politischem Gebiet stellt die weitgehende Einschränkung der Einwanderung zum Vorteil des amerikanischen Lohnniveaus einen solchen Versuch dar. Daß die südafrikanische, die australische Arbeiterschaft bisher dieselbe Politik trieben, daß darüber hinaus in manchen Ländern der „Arbeiterimperialismus“ in geringeren oder deutlicheren Spuren vorhanden ist, soll, so wichtig diese Tatsache auch sei, hier nur erwähnt werden. Wir sehen: nicht nur in Russland gibt es eine „Neue Wirtschaftspolitik“ im Uebergang von Kommunismus zum Kapitalismus, sondern auch der Kapitalismus zeigt Ansätze, die eine neue Stufe desselben ankündigen.

Arbeitsvermittlung unter gesundheitlichen Gesichtspunkten.

I. Ueber diese für die Gesamtarbeiterschaft wichtige Frage hat auf einer Konferenz der Landesämter für Arbeitsvermittlung Mitte Mai in Dresden der Sächsische Landesgewerkschaftsrat Dr. Thiele aus Dresden einen Vortrag gehalten. Seinen Ausführungen setze er den lateinischen Ausspruch voran: „Ultra posse nemo obligatur!“

Schwierigkeiten der Bildungsarbeit.*

„Bildung ist Stab und Seil beim mühevollen Aufstieg, ist Schwert und Schild in der Schlacht, ist Licht in der Finsternis; ist Universalgerät in jeglicher Werkstatt.“

Das fühlen Hunderttausende. Tausenden werden täglich schmerzhaft die Läden bewußt. Im Ringen mit den Wirtschaftsführern des Kapitals. Im Verhandlungstisch. Im Parlament. Im Versammlungsraum. Bei der Kindererziehung. Beim Zeitungslesen.

Und es ist unmöglich, all den Tausenden so zu helfen, wie es nötig und wünschenswert wäre. Das Bildungsbedürfnis offenbart sich dem Arbeiter nur vereinzelt schon im jugendlichen Alter; es macht sich erst in reiferen Jahren geltend, wenn er schon fest in einem Berufe steht. Meist hat er dann schon für eine Familie zu sorgen, und jeden geistig regiamen Arbeiter bepackt die Bewegung mit Organisationsarbeiten schier zum Zusammenbrechen.

Wo bleiben da Zeit, Mittel, Gelegenheit zu gründlicher Schulung und Bildung?

„Freie Bahn dem Tüchtigen!“ heißt die Parole. Und Stipendien und Sonderkurse sollen in einzelnen Staaten auch dem Arbeiter, der nur durch die Volksschule gegangen ist, den Weg zur Hochschulbahn eröffnen. Das ist eine Prestigefrage für eine Klasse, die beginnt, siegreich in die Stellungen des Gegners einzudringen. Aber die Hochschulen sind Hochschulen der Bourgeoisie, Vorbereitungsanstalten für die Klassenaufgaben der Bourgeoisie; und die Arbeiterstipendiaten verlieren hier nur allzu leicht den Zusammenhang mit ihrer Klasse. Wir haben die Akademie der Arbeit und einige Wirtschaftsschulen in Deutschland. Aber was ist das für so viele?

Und die allgemeine wirtschaftliche Notlage zwingt auch hier zum Abbau. In allen Arbeiterorganisationen ist die Bildungsarbeit eingeschränkt worden (oft sogar mehr, als nötig gewesen wäre!). Aber die Aufgaben, die die Arbeiterklasse zu erfüllen hat, sind nicht kleiner geworden. Betrieb und Gewerkschaft, Partei und Staat stellen Ansprüche an sie, die unabwiesbar sind und Bildung und Charakterfestigkeit erfordern.

Hier tut Eile not. Allerdings die Schwierigkeiten sind ungeheuerlich groß. Es fehlt dem bildungseifrigen Arbeiter bei allem guten Willen an methodischer Vorbildung, an einer genügend breiten und geistigen Grundlage. Es fehlt ihm an Zeit, an regelmäßig zur Verfügung stehender Zeit. Es fehlt ihm meist an einem

passenden Ort zum Lernen; an Beleuchtung, an Heizung muß mehr denn je gespart werden, und Lärm und kalte Füße verschuchen den schönsten Lernerfolg. Es fehlt an Bildungsgemeinschaft und Bildungsmitteln.

Alldem läßt sich mit einer dünnen Broschüre „Wege zur Selbstbildung des Arbeiters“ natürlich auch nicht abhelfen; daran im entferntesten zu glauben, wäre lächerlich. Aber mithelfen will die Broschüre. Reichen Mittel und Kräfte zur Zeit nicht aus, um für alle eine breite, bequeme einladende Fahrbahn anzulegen, so hat es doch einen Zweck, Wegweiser und Warnungstafeln zu errichten. Wegweiser und Warnungstafeln sind auch Verkehrsmittel und Verkehrsbeschleuniger, und wenn es ihnen nur gelingt, unnötige Zeitverluste zu ersparen und an Sümpfen und Abgründen vorbeizuleiten.“

Die Ausgrabung der Amoriterstadt. Die Amoriter, ein kanaantischer Volksstamm, erscheinen im alten Testament als die Ureinwohner des heiligen Landes. Die Hauptstadt dieses interessanten Volkes ist jetzt durch den israelitischen Archäologen Professor J. Hrozný freigelegt worden. Hrozný, der die in Boghaz Köi entdeckten hebräischen Texte entziffert hat, grub bei der Stätte Scheit Saad, die etwa 30 Kilometer nördlich von Deraa liegt. Dort befindet sich ein kolossaler Basaltblock im hebräischen Stil und ein Monolith, der den Namen des Pharaos Ramesses II. trägt. Die Vermutung, daß hier weitere wichtige Funde gemacht werden könnten, bestätigte sich vollauf. Auf der Spitze des Ruinenhügels von Scheit Saad steht ein jetzt verlassenes islamisches Heiligtum, das in Wirklichkeit eine alte Basilika aus der Sasanidenzeit ist. Die Ausgrabungen zeigten, daß dieses Heiligtum auf den Ruinen eines griechischen Tempels erbaut war, der wieder über den Trümmern eines noch älteren amoritischen Heiligtumes errichtet wurde. Der Monolith des Pharaos Ramesses steht mit diesem Heiligtum im Zusammenhang, und bei seiner vollständigen Ausgrabung zeigte sich auf dem unteren Teil eine Inschrift, die eine Widmung des Pharaos an den Gott der Amoriter, „Arkan des Nordens“, enthält. Zweifelloser errichtete der ägyptische Herrscher dieses Denkmal zu Ehren des Gottes seiner amoritischen Verbündeten, als er vom hebräischen Syrien aus nordwärts marschierte, um das Reich der Hebräer zu erobern. Unter dem Heiligtum liegt ein großes Gebäude, das aus mächtigen regelmäßig behauenen Basaltblöcken gebaut war. Man darf in diesem ausgegrabenen Bauwerk den Palast der Amoriterkönige von Baschan sehen. Eine Besonderheit dieses Palastes, der in einem Lande erbaut wurde, wo es sehr viel Hausteine gibt, ist die, daß der Bodenbelag aus großen Ziegeln im babylonischen Stil hergestellt wurde. Das ist ein deutlicher Beweis dafür, daß Baschan nicht nur mit Ägypten, sondern auch mit dem Königreich von Chaldäa in Verbindung stand. Unter dem Boden des Palastes entdeckte Hrozný zwei Kammern, in deren einer Körbe mit ganz verkohletem Getreide gefunden wurden, das eine Mischung von Weizen mit Gerste zu sein scheint. Die mikroskopische Prüfung

Dieser Satz bedeutet: „Ueber seine körperlichen und geistigen Kräfte kann von keinem Menschen eine Leistung verlangt werden, die für eine gewisse Zeit und Dauer vor sich geht“. Der Vortrag (Reichsarbeitsblatt Nr. 13 vom 1. 7. 24) enthält eine Fülle von Anregungen und sozialverständigen Darlegungen, die wert sind, auch in unjeren Berufskreisen bekannt zu werden. Dr. Thiele führte unter anderem aus: Niemand höht im täglichen Leben öfter auf Widerprühe zu unserem Leisath, als der Arzt, der als Grundlage und Ursache für ein verhehertes unglückliches Leben, für Verbitterung, Kummer, Not und Sorge, für Krankheit, vorzeitiges Siedtum und frühen Tod nur zu oft körperliche und seelische Berufsuntauglichkeit erkennen muß. Die enge Verknüpfung von Körper und Geist mit dem tiefsten Untergrund der körperlichen Bedingtheit — selbstverständlich ist die Vormacht des Geistes ebensov wenig zu unterschätzen wie die Fähigkeit der Seele, über körperliche Hemmungen Herr zu werden — erfordert in der Arbeitsvermittlung eine vorzugsweise Berücksichtigung und Bewertung der körperlichen Gesundheit auch bei geistigen Vorzügen.

Wenn also, wie es der § 40 des Arbeitsnachweisgesetzes verlangt, freie Arbeitsstellen durch möglichst geeignete Arbeitskräfte besetzt werden sollen, so ist es für den erfahrenen Arbeitsvermittler selbstverständlich, daß er neben der beruflichen Eignung, neben den persönlichen und Familienverhältnissen auch die körperliche Eignung, in die die seelische mit eingeschlossen ist, berücksichtigt.

Wenn es schon für den Arzt oft genug sehr schwer ist, den tatsächlichen Körperzustand eines Menschen, seine Leistungsfähigkeit, seine Ausdauer und Widerstandsfähigkeit, kurz, seinen Gesundheitszustand festzustellen — der Arbeitsvermittler steht in vielen Fällen geradezu vor einer unmöglichen Aufgabe. Er kann wohl sehen, ob dem Arbeitstuchenden ein Bein oder ein Arm fehlt. Schwieriger ist schon die Feststellung zum Beispiel der Einäugigkeit. Am schwersten und für den Laien meist unmöglich ist die Erkennung einer inneren Krankheit. Ich denke an die blühende Gesichtsfarbe mancher Herzkranken, an die Wohlbeleibtheit mancher Stoffwechselfranken, wie Gicht- und Zuckerkranker, an das Aussehen und die körperliche Beschaffenheit mancher Tuberkulöser. Dabei muß immer bedacht werden, daß es ja nur ausnahmsweise vorkommen sollte, daß Menschen sich um Erwerbsarbeit bemühen, denen auch der Laie ohne weiteres eine schwere Krankheit anmerkt. Gerade unsere Zeit mit ihrer Fülle von Körpernot und Verelendung stellt aber die Arbeitsvermittlung nicht nur ausnahmsweise, sondern wohl tagtäglich vor die schwere, oft gewiß absichtlich oder unabsichtlich unausgesprochene Frage: Was fängt du mit diesem gesundheitlich anbrüchigen oder besser gesagt gesundheitlich „unfreien“ Menschen an? Und die Beantwortung der Frage ist um so schwieriger, wenn der Arbeitsmarkt ungünstig ist, weil jeder bestrebt ist, ganz unabhängig von seinem Körper und seinem Können auf jeden Fall überhaupt nur Arbeit zu haben, weil er leben muß.

Hier soll nun eine Arbeitsvermittlung nach gesundheitlichen Gesichtspunkten einsehen. Was ist dabei zu beachten? Wir bedienen uns des Sprachgebrauchs, wie er aus der Reichsversicherungsordnung geläufig ist. Danach ist „Krankheit ein unregelmäßiger körperlicher oder geistiger Zustand, der zu seiner Beseitigung eine Heilbehandlung erfordert und die Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt. Nachwirkungen von Krankheit sind Zustände, die es dem Menschen oft unmöglich machen, Arbeit zu erlangen, zum Beispiel ekelregende Geschwüre, Hautausschläge, Narbenbildung, aber auch Lähmungen, Krämpfe und dergleichen. Arbeitsfähigkeit beruht auf der Unersehrtheit der körperlichen und geistigen Kräfte. Arbeitsunfähigkeit — übrigens gleichbedeutend mit dem alten Begriff der Erwerbsunfähigkeit — liegt vor, wenn ein Mensch infolge Krankheit nicht oder nur mit Gefahr, seinen Zustand zu verschlimmern, fähig ist, seiner bisher ausgeübten Erwerbstätigkeit nachzugehen.“

Wir können die Arten von Gesundheitsschädigungen, die in Frage kommen, ganz grob, nicht etwa medizinisch-wissenschaftlich, vielleicht einteilen in „äußere“ und „innere“ Krankheiten. Zu den äußeren würden zu rechnen sein:

1. Hautkrankheiten, teils angeborener, teils erworbener Art. Wichtig ist der Sitz der Erkrankung. Eine Flechte zum Beispiel am Rücken wird belanglos sein, während dieselbe an den Händen oder im Gesicht zweifellos die Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt, wenn nicht gar aufhebt. Hunderte von Menschen laufen mit angeborener Schuppenflechte, insbesondere an den Knie- und Ellenbogengelenken, herum und doch ist dieser Zustand einesteils unbekannt, andererseits völlig unbedenklich für die Arbeitsfähigkeit. Es kommt gerade bei den Hautkrankheiten, die ja sehr häufig zu einer Entstellung des Menschen führen, die einen ekelregenden Eindruck

dürfte genauer das Korn bestimmen helfen, das vor 3000 Jahren in dieser Gegend wuchs. Unter dem Palast wurden auch drei steinerne Gräber gefunden, in denen man nur auf Siegel mit dem Bild eines Fisches stieß. Die Trümmer von Skulpturen, die in unmittelbarer Nachbarschaft freigelegt wurden, sind im hebräischen Stil. Danach kann man annehmen, daß die Amoriter unter dem Einfluß der Hebräer und Babylonier standen, aber daß ihr Land nicht direkt von den Hebräern besetzt war. Die amoritische Schrift dagegen weist auf eine Beziehung zu den benachbarten Völkern derselben Rasse hin, zu den Phöniziern, Hebräern und Moabitern.

Die Häuser im Arbeiterviertel!

Wohin auch die Augen wandern, ein Haus gleicht doch stets dem andern: Wand an Wand und Stein an Stein, dunkle Fenster, niedere Türen in die Wohnungshöhlen führen. . . Das soll unsre Heimat sein? —

Stumpf und schwül zieht unser Leben, nie ein Nehmen, stets ein Geben, nie ein Fünkchen Sonnenschein! Kinder werden hier geboren. Kraft und Mut geht hier verloren. . . Das soll unsre Heimat sein? —

Und wir wissen doch: es springen Quellen draußen, Stürme reizen durch den Wald, um Felsterrain, — Sommerfestigkeiten priesen draußen, wo die Gräber grünen. . . Unser Heim bleibt eng und klein!

Wollen fern der Freude Garten wir noch lange hange warten in vergrämter Mittagsein? Wollen wir nicht unsre engen Großstadtkerkerhöhlen sprengen, die kein Heim uns können sein?

Aus den öden Mietskasernen sehnen wir uns nach den Fernen blauer Wälder, still und rein! Und wir rütteln an den Toren, haben wir uns doch geschworen: Ichön soll unsre Heimat sein!

Aus dem im Arbeiterjugend-Verlag erscheinenden Gedichtbändchen „Wir wollen werden! Wir wollen werden!“ von Ludwig Leissen. Preis kart. 30, gebunden 70 Pf.

* Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat „Hinze für die proletarische Bildungsarbeit“ herausgegeben, als Heft 1. Dilem Heft, dem jedenfalls noch weitere folgen, ist das vorstehende Kapitel entnommen. Das Heft kann vom Metallarbeiterverband bezogen werden; die Filialen dieses Verbandes werden es den Bedarf habenden Steinarbeitern sicher verschaffen. Schriftl. des Steinarbeiters.

machen, die sogar ansteckend wirken können, wohl noch öfter weniger auf die Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit als solcher an, als vielmehr auf die Schwierigkeit der Unterbringung solcher bedauernswerter Menschen in Arbeitsbetrieben selbst. Es ist selbstverständlich den Mitarbeitern nicht zu verdenken, wenn sie hier Bedenken hegen.

2. Krankheiten der Muskeln, Sehnen, Knochen und Gelenke. Hier kommen wir in das große Gebiet der Verkrüppelung mit ihren Gliederverlusten, Verkümmungen, Versteifungen, ihren Schwächen, Krampf- und Lähmungszuständen. Ihre Ursachen sind, von den Kriegsverletzungen und Unfallsfolgen abgesehen, außer Geburtsfehlern oft schwere Gehirn- und Rückenmarkserkrankungen. Dann Konstitutionskrankheiten der frühen Jugend, wie Rachitis sowie ansteckende Krankheiten, wie vor allem die Tuberkulose. Allgemein ist zur Krüppelfrage zu sagen, daß der Krieg für Ärzte und Patienten ein hervorragender Lehrmeister gewesen ist. Was die Wissenschaft der orthopädischen Medizin tatsächlich schon längst vor dem Krieg angebahnt, hat so große Fortschritte in dem letzten Jahrzehnt gemacht, daß eine gutwirkende, d. h. in der frühesten Jugend einsetzende Krüppelfürsorge vorausgesetzt, schwere, vollwertigsunfähig machende Verkrüppelungen mit großer Sicherheit hintangehalten werden können. Das Wirken des Berl. Bundes jener Selbsthilfevereinigungen von Krüppeln ist hier ganz besonders anerkennend zu erwähnen und ein Handinhandarbeiten mit dieser „Gewerkschaft“ der Krüppel auf jeden Fall anzubahnen.

3. Die Erkrankungen und Schädigungen der Sinnesorgane, wie zum Beispiel Blindheit, Taubheit, Taubstummheit. Auch auf diesem Gebiete, das immer Sondereinrichtungen bedürfen wird, sind wesentliche Fortschritte in der Arbeitsertüchtigung zu verzeichnen.

Wesentlich schwieriger ist die Beurteilung von Menschen mit inneren Krankheiten hinsichtlich ihrer Eignung für Arbeit. Hierzu rechnen wir:

1. unabhängig von ihrer Entstehungsursache alle Erkrankungen oder Schäden innerer Organe, im engeren Sinne also Gehirn und Nervensystem; der Brustorgane: Herz, Blutkreislauf, Lunge, Atmung; der Bauchorgane: Magen, Darm, Verdauungsdrüsen (Leber usw.);
2. alle ansteckenden Krankheiten, vor allem die Tuberkulose und die Geschlechtskrankheiten;
3. alle Anlagekrankheiten, wie Sicht, Zuckerkrankheit, Blutarmut und ähnliche;
4. alle Geisteskrankheiten und geistigen Schwächen und Fehler, zumeist angeborener Art (zum Beispiel Schwachsinn, Jugendirresein und ähnliche).

Nur die chronischen, d. h. langsam verlaufenden Krankheiten sind für unsre Zwecke beachtlich. Der Mediziner kann von ihnen oft mit einem gewissen Recht sagen — um mit einem Worte das ganze Gebiet dem Laien zu erhellen —: Mancher Mensch erlebt gar nicht das Ende seiner Krankheit, d. h. chronischen Krankheiten haben einen langen Weg, den sie langsam schreiten, sie stehen still (man kann dann von Heilung sprechen), sie flammen unter Umständen wieder auf und bringen plötzlichen Verfall mit sich, oder eine andre — akute — Erkrankung, zum Beispiel Grippe, Lungenentzündung, setzen diesem chronischen Verlauf ein plötzliches Ziel. Schonung, Ruhe und Behandlung bringen Besserung und Heilung. Arbeitsunfähigkeit wechselt mit Arbeitsfähigkeit ab.

Eins darf bei der Betrachtung dieser chronischen Krankheiten nicht vergessen werden, daß für gewisse Krankheitszustände aus körperlichen und oft noch mehr aus seelischen Gründen Arbeit geradezu das Heilmittel ist, das eine Besserung und Gesundung mit herbeiführen hilft. Ich erinnere an die Bewegungsübungen versteinender Gelenke, an die Arbeitstherapie in Heilstätten u. a.; obwohl selbstverständlich der Unterschied zwischen Heilarbeit und Erwerbsarbeit nicht verkannt werden darf.

Aus dem großen Kreis dieser Krankheitszustände haben wir, um ein vollständiges Bild der Lage zu geben, vor die die Arbeitsvermittlung gestellt wird, gewisse ansteckende und übertragbare Krankheiten besonders herauszuheben. Es sind leider nur solche, die weit verbreitet sind und dauern, wie man hier mit Recht ohne jede Phrasen sagen darf, am Marke unseres Volkes zehren: Die Tuberkulose, namentlich in ihrer verbreitetsten und gefährlichsten Form als Lungen- und Gehirntuberkulose, und die Geschlechtskrankheiten, insbesondere die Syphilis. Das Vorkommen ansteckender Hautkrankheiten, Krätze usw., sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt, ebenso wie die für die Seuchenverbreitung wichtigen eigenartigen Gesundheitszustände gewisser Menschen, die schwere ansteckende Krankheiten (zum Beispiel Typhus) durchgemacht haben, und die als sogenannte Bazillenträger selbst nach ihrer Genesung noch Krankheitserreger bei sich tragen und ausscheiden und äußerlich dabei durchaus den Eindruck eines völlig gesunden Menschen machen, ja praktisch durchaus gesund sind.

Mit der Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschaffung für Tuberkulöse hat man sich seit langem eingehend beschäftigt. Wesentliche Literatur über diesen Zweig der Fürsorge ist zahlreich vorhanden. Was macht die praktische Auswertung der Vorschläge so schwer und hindert einen dauernden Erfolg? Wir sind mit Besorgnis (Dresden) durchaus einverstanden, wenn er Arbeitgeber wie Arbeitnehmer dafür verantwortlich macht. Für den Arbeitgeber ist es schwer, einen Schwindsüchtigen zu beschäftigen, denn die Tuberkulose ist ein allmählich fortschreitendes Leiden mit oft kurzen oder längeren Arbeitsunterbrechungen. Jeder Schwertuberkulöse ist nur eine halbe Arbeitskraft. Daß auch die Befahrung für Betriebskrankenkassen hier in Frage kommt, ist selbstverständlich. Aus beiden folgt, daß eine Produktionsstätte nur ganz ungern an die Beschäftigung solcher Kranke herangeht. Aber die Schwierigkeiten liegen auch beim Arbeitnehmer. Es ist ja bekannt, daß gerade Lungen- und Gehirntuberkulöse — in gewisser Beziehung ist das ihr Glück — sich über ihren eigentlichen Gesundheits- und Kräftezustand in keiner Weise oder nur immer im günstigsten Sinne klar sind. Dazu kommt der Widerstand der Mitarbeiter, die infolge mangelhafter oder falsch gerichteter Aufklärung in jedem Lungenkranke eine Ansteckungsquelle und damit eine Gefahr für sich selbst erblicken. Tatsächlich ist der mit seinem Auswurf vorschriftsmäßig umgehende Schwindsüchtige im allgemeinen nicht bedenklich, nur durch ein dauerndes unmittelbares Anhaften ist die Möglichkeit einer Übertragung gegeben. Es gehört also ein langwährender recht enger Verkehr dazu, um von einem Schwindsüchtigen angesteckt zu werden. Dabei steht es fest, daß es nicht der Erwachsene vornehmlich, sondern das Kind ist, wozu auf diese Weise, dann allerdings auch im höchsten Grade, gefährdet ist. Die Reifezeit entscheidet dann endgültig über das Schicksal des Angesteckten. Selbstverständlich können auch an den Händen oder an von Kranken benutzten Utensilien und Wänden Schwindsüchtiger sich befinden. Bisher sind aber zum Beispiel am Papiergeld wohl Citiererreger, aber noch nie Tuberkelbasillen nachgewiesen worden. Die Ansteckung hierdurch, also schließlich auf dem Wege des Magen- und Darmlanal, erfordert weitläufigere Mengen Tuberkelbasillen, als wie sie bei der durch Einatmung genügen. Es ist leider immer wieder zu beobachten, daß viele Menschen gerade dann sich von einem Lungenkranke abenden, wenn er zum Beispiel eine Spuckflasche benutzt oder selbst vorsichtig ist. Erreicht wird damit nur, daß die Tuberkulösen, die sich so besonders gekennzeichnet und gefährdet fühlen, überhaupt alle Vorsichtsmaßregeln außer acht lassen und nun wirklich bedenklich werden können. Nur durch immer wiederholte richtige Aufklärung, wie sie zum Beispiel im Deutschen Hygienemuseum (Dresden) geübt wird, wird die falsche Basillen- und Ansteckungslehre zum Beistand unserer bedauernswerten tuberkulösen Mitmenschen beseitigt und damit der Arbeitsvermittlung der Weg geebnet werden.

Mit Recht ist endlich schon seit langem darauf hingewiesen worden, daß allein die Empfehlung von Freiluftarbeit, zum Beispiel

Gartenarbeit, durchaus nicht genügt, um gerade dem Tuberkulösen passende Arbeit zu verschaffen. Im Gegenteil kann ruhige, sitzende Arbeit in gut gelüfteten und gut belichteten Werkstätten ohne Staubbelastung einem körperlich schwachen Schwindsüchtigen ebenso dienlich sein, wie die doch immer mit Ermüdungsgefahr sowie Bücken, Heben usw. verbundene schwere Gärtnerarbeit den Kranken geradezu schädigt.

Auch die Geschlechtskrankheiten verdienen eine besondere Berücksichtigung. Sicher sind die Möglichkeiten der Übertragung außerhalb des Geschlechtsverkehrs nicht zu unterschätzen, wenngleich auch sie im allgemeinen sicher übersehbar werden. Erster steht es um die Syphilis. Erst vor kurzem sind Fälle veröffentlicht worden, wo Glasmacher, die die Glasmachereife, wie es leider gang und gäbe ist, gemeinsam benutzen, einander mit Syphilis am Mund im Betriebe angesteckt haben. Wir Ärzte kennen die weite Verbreitung der Geschlechtskrankheiten. Wir wissen auch, daß jeder Geschlechtskranke nichts mehr scheut, als die Flucht in die Öffentlichkeit; das ist ja das große Hindernis, was die Bekämpfung der Geschlechtskrankheit so schwer macht. Dazu kommt, daß im allgemeinen äußerlich vielleicht nur dem Kundigen, aber auch das nur in verhältnismäßig wenigen Fällen und kurzer Zeit, sich die Krankheit verrät. Und das wichtigste: Auch der Arzt darf unbefugt keine Privatgeheimnisse offenbaren, die ihm kraft seines Amtes, Standes und Gewerbes anvertraut sind (§ 300 Strafgesetzbuch). Dabei ist zuzugeben, daß infolge unserer Seuchenpolizei, auch infolge der Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung, gewisser Wohlfahrtsgelegenheit, die Ansichten über den Umfang der ärztlichen Schweigepflicht weniger streng geworden sind. Immerhin wird auch die Befragung eines Arztes nur unter bestimmten Voraussetzungen Erfolg haben.

Nach § 43 des Arbeitsnachweisgesetzes sind Geschäftsführer und Arbeitsvermittler berechtigt und auf Verlangen verpflichtet, Auskunft über Besonderheiten der offenen Stellen, die für den Arbeitsuchenden von Bedeutung sein können, oder über besondere Eigenschaften eines Arbeitsuchenden, die für seine Eignung für die Stelle wichtig sein können, zu geben, wenn ihnen diese Besonderheiten oder besonderen Eigenschaften amtlich bekannt geworden sind und wenn es besondere Umstände — namentlich die Aufnahme in die Hausgemeinschaft — rechtfertigen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn wir hier an die Tuberkulose oder die Syphilis denken, nur ein feines Taktgefühl und eine hohe Pflichtauffassung den richtigen Weg finden wird.

(Schluß nächste Nummer.)

Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Unser Lohnkämpfe. Streit (Steingewinnung und Steinbearbeitung) in Koblenz und in Mainz; in Berlin bei der Firma Wolf, Alabasterarbeiter ausgesperrt; in Buchenau (Eisfelder Steinwerke AG.).

Zugung ist fernzuhalten: Außer den Orten unter Streit von den Steinbrüchen bei Völs, von Duisburg, von Frankfurt am Main (Steinarbeiter aller Branchen).

Erledigte Kämpfe: Oberhessen. Am 28. Juli fanden unter der Mitwirkung des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses zu Doppel Verhandlungen zur Regelung der Lohnfrage im oberhessischen Steinschlaggewerbe statt. Die Stundenlöhne wurden im folgenden vereinbart: Steinseher im 1. Lohnbezirk 94 Pfg., Kammer 75 Pfg.; im 2. Lohnbezirk Steinseher 84 Pfg., Kammer 75 Pfg. Die Löhne der Hilfsarbeiter gleichen den tariflichen Löhnen der Tiefbauarbeiter.

Zur Information einige Stundenlöhne, die im August Gültigkeit haben:

- Sandstein, Steinmehlen: Bielefeld 1.15 M., Bremen 1.07 M., Hamburg 1.05 M., Berlin 0.98 M. Brecher: Hildesheim 0.80 M., Altleiningen 0.70 M., Kürnberg-Sulzfeld 0.66 M.
- Marmor, Steinmehlen: Chemnitz 0.95 M., Königsberg 0.85 M., Duisburg 0.85 M., Schleifer: Hamburg 0.80 M., Wiesbaden 0.80 M., Koblenz 0.80 M.
- Granitwerkstein, Steinmehlen: Schwarzwald 0.70 M., Aue (Erzgebirge) 0.65 M., Odenwald 0.55 M., Brecher u. Spalter: Schwarzwald 0.70 M., Aue 0.65 M., Odenwald 0.60 M.
- Gemischte Steinmehlen: Königsberg 0.85 M., Kiel 0.70 M., Rostock 0.55 M., Schleifer: Gera 0.74 M., Lübeck 0.70 M., Karlsruhe 0.60 M.
- Plasterstein und Schotter, Pflastersteinmacher: Ruhrbezirk 0.72 bis 0.80 M., Mittel- und Südbaden 0.60 M., Württemberg 0.46 M., Brecher: Schwarzwald, Odenwald, Hanau-Diessenbach 0.60 M.
- Straßenbau, Pflasterer: Chemnitz 1.20 M., München, Nürnberg 1.05 M., Augsburg 1 M., Kammer: Dresden, Plauen, Zwickau 0.93 M., Hamburg 0.92 M., Hilfsarbeiter: Gera 0.92 M., Düren 0.79 M., Leipzig 0.75 M.
- Steinbildhauer: Hamburg 1.71 M., Dresden 1.30 M.

Fehlende Abrechnungen. In der Bekanntgabe der säumigen Zahlstellen sind in die Nr. 31 des „Steinarbeiter“ folgende Orte versehenlich mit aufgenommen worden: Ludenwalde, Graaf, Oberpeilau, Holenberg, Moosheim, Eichbach. Die örtlichen Kassierer, die hier in Frage kommen, wollen den Irrtum entschuldigen.

Unser Beitragskassierer, die im Betriebe die Beitragszahlung überwachen oder die Sonntagfrüh ihre freien Stunden opfern, um von Haus zu Haus zu eilen für den Verband, möchten Univeralmenschen sein; das heißt, sie sollen möglichst alles wissen und auf alle Fragen Auskunft geben. Dabei weiß jeder einsichtige Kollege, daß ihre Zeit bemessen ist, denn sie wollen alle ihnen zugeteilten Mitglieder kassieren; allein deshalb schon muß ihre geschäftliche Tätigkeit kurz und bündig sein, sonst kommen sie in den paar Stunden nicht durch und verursachen Beitragsrückstände.

Wie wickelt sich nun die Beitragskassierung ab? Der eine Kollege bei dem kassiert wird, fragt wegen der Unterstützungseinrichtungen, die nach seiner Meinung doch längst hätten wieder eingeführt sein müssen, dafür zahle er doch seinen Beitrag. Ein anderer möchte seine Verbandszeitung wieder obligatorisch haben, mit der Postbestellung kann er sich absolut nicht befunden. Er schimpft auf den Redakteur — aber die Verbandszeitung liegt er nicht. Ein anderer Kollege wieder will nur zahlen, wenn eine Lohn-erhöhung in aller nächster Zeit in Kraft tritt. Er macht seine Beitragszahlung davon abhängig, daß bald etwas unternommen wird. Bei einem andern Kollegen führt die Frau das Wort, nur schwer kann sie sich vom regelmäßigen Beitrag trennen. Man merkt es ihr an, wenn der Kassierer fort ist, wird sie ihren Mann energisch zusehen, endlich aus dem Verband auszutreten. Der Pfarrer hat es ihr auch schon längst zu verstehen gegeben, wie überflüssig die freie Gewerkschaft ist. Ein andres Mitglied wiederum schwärmt für Pfaffen und verachtet, dem Beitragskassierer die Vorzüge auseinanderzusetzen und dieser weiß, wenn er darauf eingeht, daß er bei andern Mitgliedern Kassierer-Besuche nicht weiter unternehmen kann. So gern er auch seine Meinung sagen möchte, denn indem der betreffende Kollege seine 30 Pfg. Beitrag hinblättert, prasselt auf Ehrent, auf Republik, auf den Betriebsrat nieder. Der Beitragskassierer hört sich das wohl an, er kennt jeden Kollegen, kennt dessen Stedenpferd und weiß, wo und wie er zu antworten hat, er verliert seinen Gleichmut nicht, geht weiter seinen Kassierengang. Mitzufrieden sagt er dann wohl: „Komm doch in die nächste Versammlung!“

Wenn es die Zeit dann noch erlaubt, sucht der Beitragskassierer nebenbei die Mitglieder auf, deren Rückstände eine Nachzahlung kaum erwarten lassen. Hierbei hat schon mancher Kassierer die Feststellung machen können, daß die Frau dem Mann Vorwürfe

macht, weil er sich nicht darum kümmert und es hat hinhängen lassen. Nicht selten haben in solchen Fällen die Frauen die Verantwortung übernommen und zahlen regelmäßig den Beitrag für den Mann.

So ein Hauskassierer sieht viel, hört viel, sammelt allerhand Erfahrungen und es ist schon vorgekommen, wenn er wieder zu Hause angelangt ist, seine eigene Frau bittet, noch diesem oder jenem Kollegen eine Maßzeit Kartoffeln aus dem Kellervorrat zu senden. Es kommt aber auch vor, daß bei der Hauskassierung, beim Trepp auf und ab, die eigene Mittagszeit vergehen wird. Frau und Kinder warten zu Haus, das Essen verbröckelt infolge des Wartens und die eigene Frau hat dann schlechte Laune. Dann sagt der Beitragskassierer wohl: „Nur noch ein bißchen Geduld, meine Zeit ist bald herum, dann muß ein anderer Kollege das Amt übernehmen.“ So wird es schließlich häuslich wieder eingeordnet — bis zur nächsten Kassierung. Es gehört Idealismus und Ueberzeugung zu dieser Kleinarbeit, die für den Verband wichtiger ist, als alle andern Funktionen. Darum sollte jedes Verbandsmitglied dem Beitragskassierer helfen und fördern, wo es nur angänglich ist. An dem Beitragskassierer sollen deshalb auch nicht die Meinungen, Widerprüfe und Verger ausgelassen werden, dazu gibt es schließlich andre Stellen und andre Gelegenheiten. Der Arbeitseifer und die Arbeitsfreude der Beitragskassierer müssen erhalten bleiben.

Von der Kollegialität. Kürzlich beantwortete ein Steinarbeiter die Frage: „Was ist Kollegialität?“ damit: „Das Gegenteil von nichtkollegial!“ Falsch ist diese Antwort nicht, aber sie genügt nicht, um im einzelnen die Frage zu beantworten. Vielleicht wäre auch die Frage etwa so zu stellen: Was soll jemand nicht tun, der Anspruch auf die Bezeichnung Kollege erhebt? Da lassen sich nun eine Fülle von Vorformulierungen anführen, ohne die Frage endgültig beantwortet zu haben. Die Bezeichnung „Kollege“ bezieht sich eigentlich nur auf den Mitarbeiter im Arbeitsverhältnis, wobei der Altersunterschied gar keine Bedeutung hat.

Die Charaktere (Gemüts- und Gesinnungseigenschaften) der Menschen sind sehr verschieden, das findet man am ersten im Arbeitsverhältnis, wo durch die Berufsausübung mehrere, mitunter viele zusammenarbeiten müssen. Und dieses müssen verlangt gegenseitig, genau wie im öffentlichen Leben, wie in der engeren Familie und im Freundeskreis, oft viel Takt, Einsicht, Duldsamkeit, Gefälligkeit und Verstehen. Diese Eigenschaften fehlen leider dem Einzelnen nicht selten, wodurch die unliebsamsten Vorkommnisse entstehen, die das Leben andrer verbittern, vergällen, ja es manchmal zur direkten Qual werden lassen. Das Fehlen dieser Eigenschaften ist durchaus nicht immer mangelnde Erziehung, sondern hängt mit dem Charakter zusammen. Ein ausgeprägter Egoist hat sie nicht, er ist deshalb durchweg auch kein guter Kollege. Denn er sieht nur sich, denkt nur an sein „Ich“. Ein reiner Egoist ist darum auch selten mit dem Herzen bei der Organisation, höchstens nur solange ihm ein gewisser Vorteil winkt. Jeder Kollege, der selbständig denkt, wird in seinem Leben schon dahingehende Beobachtungen haben anstellen können und über Egoisten seine eigenen Erfahrungen gemacht haben.

Takt im kollegialen Verkehr bedeutet: Nicht über die Ungeheuerlichkeit eines Kollegen bei der Arbeit spotten, nicht dauernd höhnen oder spötteln, wenn ein Arbeitsstille verunglückt, nicht überflügel reden und tun, wenn man im Gegensatz zum Kollegen eine Arbeit technisch praktischer und leichter ausführen kann, nicht dem Kollegen fühlen lassen in herabsetzenden Worten, daß er minderleistungsfähig ist, nicht helfend einspringen, weil nun gerade der Polier oder der Arbeitgeber zufällig an der Arbeitsstelle erscheint. Taktvoll ist es nicht bei gemeinsamer Arbeit, an einem Werkstück, den andern fortwährend anzutreiben und, wenn es fertig gestellt ist, so tun, als wenn man es allein geschafft hat. Takt im kollegialen Verkehr ist nicht: Im Gesicht freundlich und hinterm Rücken schlechtes erzählen, oder dem Lehrling oder dem Hilfsarbeiter gegenüber den Geschwollenen zu spielen, etwa so, dem einen fühlen lassen, daß er noch Junge ist, und dem andern, daß er nur ein Hilfsarbeiter ist. Taktvoll ist es nicht, unangenehme persönliche oder familiäre Angelegenheiten eines Arbeitskollegen zu erörtern, ohne daß dieser selbst die Anregung und Veranlassung dazu gegeben hat. Taktlos ist es auch, auf Kosten des Mitarbeiters Wege zu machen, oder ihn zu Ausgaben (Wiergelage) zu veranlassen, die seiner Familie entzogen werden. Taktvoll und kollegial ist es dagegen immer, wenn man seine körperliche, berufliche und geistige Ueberlegenheit nicht aus Selbstsucht in den Vordergrund schiebt, sondern diese Eigenschaften ohne großes Aufheben in den Dienst der Kollegen stellt, ihnen hilft mit Rat und Tat!

Einsicht und Verstehen im kollegialen Verkehr heißt die persönliche Not (geistig und materiell) seines Arbeitskollegen würdigen. Vielleicht drückt eine größere Kinderzahl ihn dauernd zu Boden, vielleicht kann seine Ehefrau nicht gut einsteigen, vielleicht ist er gar kränzlich, vielleicht durch vorherige Arbeitslosigkeit oder sonstige Vorkommnisse in Schulden geraten, die ihn nun wie mit eiserner Klammer einspannen usw. Durch das wird mancher Kollege mitleidig, grüßig, schweigend, grübelnd oder verstockt. Einsicht und Verstehen zur rechten Zeit mit dem richtigen Wort schon manchen aufgerichtet, ermutigt. Nur darf Einsicht und Verstehen etwa nicht verwechselt werden mit der nachbarlichen, neugierigen Topfjuderei.

Duldsamkeit fehlt auch oft im kollegialen Leben. In den hinter uns liegenden Jahren konnte das besonders festgestellt werden. Hier kommt in der Hauptsache das Organisationsgebiet in Betracht. Organisationsfragen löst man nicht mit der Faust, nicht mit Kraftworten, löst man nicht, indem andre Meinungen nichts gelten. Erziehung und Wissen steht immer noch vorne an. Die Wirtschaft ist immer noch die Grundlage der Politik. Im Beruf muß jemand erst immer eine gewisse Lehrzeit durchmachen, ehe er mitleiden kann; in der Politik reden viele mit, die das politische ABC (die wirtschaftliche Grundlage) noch gar nicht kennen, viel weniger begriffen haben. Im Arbeitsverhältnis, im kollegialen Zusammenarbeiten kann das jeder selbst beobachten. Duldsamkeit bedeutet nun nicht, sich vor dem Unbilligen ducken oder, wie man sagt: „Ins Maulloch kriechen“; sondern das heißt die Meinung und Ueberzeugung des andern respektieren, ohne ihn gleich als Dummkopf, als Betrüger oder sonstwas hinzustellen. Die wirtschaftliche und politische Organisationsarbeit erfordert im kollegialen Verkehr viel Duldsamkeit.

Gefälligkeit ist eine Eigenschaft, ohne die Kollegialität nicht auskommen ist. Jeder Kollege weiß, daß es im Leben recht ungeschickte Menschen gibt, auch im Arbeitsverhältnis. Gefälligkeit ist natürlich nicht zu verwechseln mit der sogenannten Kriecherei und Baudrüserei; es ist eine Handreichung, eine Stütze, eine Auskunft, ein freundliches Wort. Richtige und echte Kollegialität wird besser wie alles andre für den Organisationsgedanken. Und ihr Geistes: „Einer für alle und alle für einen“ bringt die Kollegialität in wenigen Worten viel besser und eindringlicher zum Ausdruck, wie wir es in Vorstehendem verucht haben. Kollegialität darf kein leeres Wort sein!

Steinarbeiter.

Ubersweiser (Pfalz). Am 24. Juli fand hier eine Mitgliederversammlung statt. Kollege Sarfert berichtete über die letzte Lohnverhandlung. Die Unternehmer wollen unter keinen Umständen eine Lohnzulage bewilligen. Sie sagen sogar: die Arbeiter müßten es begrüssen, daß kein Lohnabbau stattfindet. Letzterer wäre nach Senkung der Lebenshaltungskosten erforderlich. Wie es aber mit der Senkung der Preise aussieht, wissen wir am besten. Die Lebenshaltungskosten sind nicht gefallen, sondern gestiegen! Zur Probe wünschten die Arbeiter, daß die Herren mit dem an uns gezahlten Lohn einmal auf einige Wochen unsere Arbeit und Pflichten (Ernährung unserer Familien) übernehmen würden. Der Gedanke an einen Lohnabbau würde dann recht schnell verschwinden und an dessen Stelle das Verlangen an einen

Höheren den Verhältnissen entsprechenden Lohn treten. Die Ver-
sammlung enthielt ferner über die Weigerung einer Lohnzulage und
besonders aus dem Grunde, weil man für den Hilfsarbeiter, der
mit 34 bis 42 Pfg. entlohnt wird, auch nichts übrig hat. Die von
verschiedenen Gruppen gemachten Überforderungen werden ohne Zu-
schlag bezahlt. Hierüber wurde gehörig kritisiert und vom Kol-
legen Sarfert verlangt, sofort Abhilfe zu schaffen. Im Punkt 2
erfuhr der neue Reichsarbeitsvertrag, soweit er Verschlechterungen
gegenüber dem alten Reichsarbeitsvertrag aufweist, eine berech-
tigte Kritik. Nachdem Kollege Sarfert über alle Angelegenheiten
Aufklärung gab und über die von der Firma gemachten Ver-
schlechterungen, insbesondere auch die eigenmächtig, ohne Zustimmung
der Arbeiter geänderten Zahltag, Kenntnis hatte und Abhilfe
versprach, wurde die wichtige Versammlung geschlossen. Zur
Kenntnis wäre an dieser Stelle noch zu bringen, daß von nun ab
laut Versammlungsbeschluss, um alle bisherigen Unregelmäßigkeiten
zu verhindern, die Beiträge jeden Montag, mittags von
12 bis 1 Uhr, im Betrieb kassiert werden. Die Orts-
verwaltung erwartet von den Mitgliedern, daß sie regelmäßig
zur angegebenen Zeit ihre Beiträge entrichten, um so die Mühe
und Arbeit der Ortsverwaltung erleichtern zu helfen.

Theisbergsteigen. Am Sonntag, dem 27. Juli 1924, Versamm-
lung, gut besucht, in der Wirtschaft von Wolf Hofmann Tages-
ordnung: Quartalsabrechnung und Neuwahl, Lohn- und Gewerks-
chaftsfragen, Beschiedenes. Der Vorsitzende von der Zahl-
stelle Hahschbach, Kollege Wagner, leitete die Versammlung, er
ermahnte die Kollegen, Versammlungsdisziplin zu wahren und in
der Aussprache nicht zurückzuführen. Kollege Decker gab die 1. und
2. Quartalsabrechnung bekannt, die unter den Kollegen Befrie-
digung hervorrief. An Stelle der Neuwahl wurde eine Ergän-
zungswahl vorgenommen, in der als Revisoren Kollege Barz von
Theisbergsteigen und Krauth von Eichberg, als Revisor He-
rich Christian von Theisbergsteigen und Simon von Eichberg
gewählt wurden. Im Punkt 2 schilderte Kollege Graf, Bezirks-
leiter von Ramelsbach, die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsver-
hältnisse in der pfälzischen Steinindustrie, zum Schluss erwähnte er
die Kollegen, treu zu ihrer Gewerkschaft zu stehen. Die Diskussion,
an der sich eine Anzahl Kollegen beteiligten war sachlich und nahm
einen guten Verlauf. Im Punkt 3 wurde eine Frage gestellt, wie
es mit Urlaub in den Betrieben, wo Feiertagen üblich, gehand-
habt wird. Kollege Graf beantwortete diese und machte die Kol-
legen aufmerksam, daß für uns nur der neue abgeschlossene Reichs-
tarif in Betracht kommt.

Lautebach. Am Sonntag, dem 27. Juli, tagte eine Versamm-
lung der Zahlstelle bei Th. Schneider. Kollege Sarfert war
anwesend, folgende Tagesordnung wurde erledigt: Bericht über die
letzten Lohnverhandlungen; die Lage der Steinindustrie; Verschle-
denes. Zu den beiden ersten Punkten referierte Kollege Sarfert in
klarer Weise, die auch die Zustimmung der gut besuchten Versamm-
lung fand. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Zum 3. Punkte
wurde bei der Ergänzungswahl der Vorstand der Zahlstelle
Eugen Jung als zweiter Vorsitzender und der Kollege August
Dreyer als Schriftführer einstimmig gewählt. Mit einem Appell
der Kollegen Sarfert und Dippe, zusammenzustehen und ein ge-
schlossenes Ganzes zu bilden gegen das durch die wirtschaftliche Lage
erstarbte Unternehmertum hatte die Versammlung durch die vorge-
schrittene Zeit ihr Ende erreicht, obwohl der 3. Punkt der Tages-
ordnung noch nicht erschöpft war und bis zur nächsten Versamm-
lung zurückgestellt werden mußte.

Steinseher und Pfalterer.
Danzig. Am 7. August hielten die Steinseher, Hammer und
Hilfsarbeiter ihre Monatsversammlung ab. Zu derselben war auch
Kollege Schende-Berlin erschienen. Vor allen erfolgte eine aus-
giebige Erörterung der Lohnfrage. Dann hielt Gauleiter Schende
ein Referat, welches die die Arbeiterschaft wirtschaftlich beeinflus-
senden Fragen in den Mittelpunkt stellte. Allseitig wurde in der Dis-
kussion betont, daß die Erfolge der Steinseher im Rahmen des Stein-
arbeiterverbandes außerordentlich gute waren. Der feste Zusammen-
halt der Steinseher war der Wegreiter derselben. Mit einem Hoch
auf den Steinarbeiterverband wurde die anregend verlaufene Ver-
sammlung geschlossen.

Rundschau.
Soziales. Die Arbeitslosigkeit, die in den ersten
fünf Monaten des Jahres gegenüber der zweiten Hälfte 1923
wesentlich abgenommen hat, erfährt wegen der Verschärfung der
Wirtschaftskrise im Juni wieder eine Steigerung. Seit der Stabi-
lisierung werden die Kosten der Arbeitslosigkeit in der Haupt-
sache von den Arbeitnehmern und Arbeitgebern getragen, wozu
noch in erster Linie die Gemeinde, außerdem noch das Land und
das Reich Beiträge zusteuern. Der Haushaltsplan des Reichs-
arbeitsministeriums sieht für das laufende Budgetjahr einen Bei-
trag von 280 Millionen zur Erwerbslosenfürsorge vor, wovon
170 Millionen auf die unproduktive und 110 Millionen auf die
produktive Erwerbslosenfürsorge entfallen. Im Reichsfinanz-
ministerium wurden ursprünglich 440 Millionen Mark dafür be-
stimmt; dieser Betrag wurde jetzt herabgesetzt. Trotz der Ver-
teilung der Lasten der Arbeitslosenfürsorge auf fünf Beteiligte sind
die Zuwendungen für die Arbeitslosen äußerst gering. So ist zum
Beispiel der Höchstbetrag, den ein Erwerbsloser mit Familie in
Ostpreußen erhalten kann, 1,88 Mk. täglich, sonst schwankt die
Höhe der Erwerbslosenfürsorge zwischen 60 bis 90 Pfg. pro
Tag für erwachsene männliche Erwerbslose über 21 Jahre; für
weibliche Personen und männliche unter 21 Jahren zwischen 35
bis 71 Pfg. Die Unterstützung der Kurzarbeiter ist seit März über-
haupt aufgehoben. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen wird
dadurch verringert, daß sie nach einer Arbeitslosigkeit von 26,
höchstens 39 Wochen die Unterstützungsberechtigung verlieren und
der Armenfürsorge überwiesen werden. Auch durch die Forderung
des Nachweises einer Bedürftigkeit werden Arbeitslose von der
Unterstützung ausgeschlossen. Laut der Verordnung müssen Ar-
beitslose die ihnen zugewiesene Nothstandsarbeit ausführen, die mit
viel unnötiger Härte verbunden ist und nicht entsprechend entlohnt
wird. Eine Selbstverwaltung der Arbeiter bei der Erwerbslosen-
fürsorge gibt es nicht. Kein Wunder, wenn angesichts der geschil-
derten Umstände die Bestrebung zur radikalen Umänderung der
Erwerbslosenfürsorge einen wichtigen Platz in der sozialen Be-
wegung einnimmt.

Die Sozialversicherung. Die während der Zeit der
Inflation zusammengebrochene Sozialversicherung unterlag seit der
Stabilisierung der Markt großen Veränderungen. Die Stabilisie-
rung konnte zwar der Sozialversicherung auf die Beine helfen, ihre
Leistungen sind aber sehr herabgedrückt. In bezug auf die
Krankenversicherung traten aus Sparrücksichten Verschlechterungen
ein, insbesondere für die Kranken auf dem Lande, wo keine freie
Wertzwahl mehr möglich ist. Die Kranken müssen außerdem einen
Teil der Arzneikosten selbst bestreiten. Die Unfallrenten betragen
Monatsrenten von 5 bis 64 Mk. in der Industrieversicherung.
3:60 bis 46:66 Mk. in der Landversicherung. Die Invaliden
wie auch die Altersrentner erhalten Monatsrenten von 13 Mk.,
Angestellte 30 Mk. Die landwirtschaftlichen Kreise verlangen den
weiteren Abbau der Krankenversicherung, die Herabsetzung der
Beiträge und die Abschaffung sämtlicher Mehrleistungen wie die
der Familien- und Wochenhilfe. Sehr wichtig sind außerdem die
Bestrebungen zur organisatorischen Umformung der Sozialversiche-
rung. Der Sparkommissär hat eine Vorlage ausgearbeitet, die die
Zusammenfassung sämtlicher Arten von Sozialversicherung in ein
einziges Institut vorsieht. Dagegen dürfte durch die Einführung von
Bezirks- und Landesversicherungsanstalten für die Krankenversiche-
rung die Gefahr einer weiteren Zersplitterung gegeben sein. Diese

Vorlage, die der Sparkommissär unter Uebertretung seines Wir-
kungsbereichs ausgearbeitet hat, wurde nicht durchgeführt. Die
Arbeiterschaft muß aber auf der Hut sein, um bei der Umgestaltung
der Sozialversicherung nicht ausgeschaltet zu werden.

Was würde Amerika sagen? So oft die Sozialisten
die ungünstige Wirkung irgendeiner Maßnahme auf die öffentliche
Meinung des Auslandes betonen, werden sie des Landesverrats
oder zumindest der Beschädigung der Interessen ihres eigenen Lan-
des geziehen. Nun lesen wir in der deutschen „Arbeitgeberzeitung“
einen Aufsatz, wo der Einschränkung der Arbeitslosenfürsorge das
Wort geredet wird. Gegen den Antrag der sozialdemokratischen
Partei, die durch Streiks und Aussperrungen entstandene Arbeits-
losigkeit ebenfalls zum Gegenstand der Fürsorge zu machen, wird
dort Sturm gelaufen. Die Hauptbegründung dafür ist aber wört-
lich die folgende: „Was würde die Auswirkung auf das Ausland,
auf unsere Gläubigerstaaten sein, die ja ohnehin erklären, daß
Deutschland sich mit seiner Erwerbslosenfürsorge einen Luxus leisten
wie keiner seiner Gläubiger, und daß hiergegen eingeschritten wer-
den müsse?“ Insbesondere wird aber von Amerika, von wo Deutsch-
land Kredithilfe für seine in den letzten Jüngen liegende Wirtschaft
erwartet, daß dort eine solche Maßnahme die denkbar
schlechteste Wirkung ausüben dürfte. Für unsern Teil wollen wir
von Vaterlandsverrat der Arbeitgeber nicht reden. Ist doch die
internationale Solidarität der kapitalistischen Interessen eine längst
bekannte und geübte Tatsache, die unter keinen Umständen unpatrio-
tisch bezeichnet werden darf. Die Unversorgenheit aber, die
deutsche Erwerbslosenfürsorge mit ihren Unterstützungen, die nicht
einmal die erbärmlichste Lebenshaltung der Arbeitslosen ermög-
lichen, Luxus zu nennen, der von keinem seiner Gläubiger geleistet
wird, verdient festgehalten zu werden.

Wirtschaft und Arbeit. Zum Personalabbau im Ban-
kengewerbe entwirft eine Darstellung von Benno Marx, des Ge-
schäftsführers des Allgemeinen Verbands der deutschen Bank-
angestellten ein erschütterndes Bild. Von 250 000 Bankangestellten,
die zu Ende der Inflationszeit im Bankgewerbe tätig waren, sind be-
reits mehr als die Hälfte abgebaut und mit weiteren Entlassungen
ist noch zu rechnen. Die mittleren und kleineren Bankgeschäfte haben
ihren Personal bis zu 65 und 70 Prozent, die Großbanken zum Teil bis
40 und 50 Prozent abgebaut; eine Großbank, die Mitteldeutsche
Kreditbank, sogar 70 Prozent. Ungefähr zwei Drittel der Entlassenen
haben überhaupt keine Abfindungssummen erhalten. Bei einer Be-
schäftigungsdauer von einem bis anderthalb Jahren wurde keine Ab-
findung zuerkannt. Diejenigen aber, denen eine Abfindungssumme
zuerkannt wurde, erhielten durchschnittlich eine Abfindung von 100
bis 130 Mk., während bei dem österreichischen Bankbeamtenabbau
den gekündigten Angestellten 9 bis 30 Monatsgehälter ausgezahlt
wurden. Bei dem Abbau wurde häufig auch verlohnt, die Betriebs-
vertretungen abzubauen, was jedoch in der Regel verhindert werden
konnte. Der notwendige Personalabbau gab auch oft Gelegenheit,
die Maßregelung mißliebiger Angestellter zu vermeiden. 80 Prozent
der Abgebauten ist gegenwärtig erwerbslos. Die übrigen suchten
als Zeitungshändler, Zigaretten- und Streichholzverkäufer, Pro-
visionsreisende oder Versicherungsagenten Beschäftigung. Eine An-
zahl Bankbeamte sind Straßenbahner, Hilfskutscher, Hausdiener oder
ähnliches geworden. Die staatliche Erwerbslosenfürsorge stellt sich
im Durchschnitt auf rund 5 Mk. wöchentlich und reicht selbstverständ-
lich nicht für das bescheidenste Lebensminimum aus. Der „Allgemeine
Verband der deutschen Bankangestellten“ war bisher in der Lage,
seinen Mitgliedern Unterstützungen in der Höhe zwischen 7, 50 und
45 Mk. monatlich, je nach Dauer der Mitgliedschaft, zu zahlen.

Abrechnung der Hauptkasse vom 1. Quartal 1924

Einnahme:		
Eintrittsgeld	13.95	
Beiträge	72.147.-	
Extraktuermarken	820.10	
An die Zahlstellen geliefertes Material	219.19	
Abonnements und Inzerate	5.994.54	
Sonstige Einnahmen Zinsen und dergl.	1.761.69	
Kontozahlung der Zahlstellen auf 2. Quartal 1924	4.191.60	
		Summa: Mk. 85 148.07
Ausgabe:		
Für Agitation und Regelung von Lohnbewegungen:		
a) Gauleitungen	11.908.36	
b) Zentralvorstand	850.50	
c) Zuschuß für Lokalfeststellungen	4.773.15	
d) Tarifberatungen (Tarifamtsitzungen, Reichs- und Bezirksstarif)	1.111.52	18 643.53
Für Unterstützungen:		
a) Streikunterstützung	12.533.88	
b) Gemäßigtenunterstützung	428.50	
c) Sterbeunterstützung	701.40	
d) Notfallunterstützung	198.70	
e) Rechtschutz	94.50	13 956.98
Für Verwaltung (persönliche):		
a) Gehalt	5.760.35	
b) Reisekosten	1.180.78	
c) Revisionen und Vorstandssitzungen	599.20	
d) Verbandsauschuss	20.-	7 560.33
Für Verwaltung (sachliche):		
a) Bureaumiete, Heizung, Reinigung, Licht	507.-	
b) Telefon, Schreib- und Padmaterial	110.72	
c) Porto, Bestellgeld, Strafporto	640.-	
d) Neuanschaffungen und Reparaturen	80.82	
e) Druckkosten für Formulare, Buchbinder und Stempel	130.40	
f) Steuern, Versicherung und sonstige Unkosten	43.-	
g) Postgebühren	23.20	
h) Sonstige Ausgaben	1.333.87	2 869.01
Für Verbandsorgan:		
a) Redaktion	571.-	
b) Honorar für Mitarbeit	25.82	
c) Druckkosten und Papier	1.090.50	
d) Porto, Bestellgebühr	18.-	
e) Streifenbänder für Verband	16.-	
f) Abonnementsgelder zurück	2.176.09	3 898.28
Für Bücher, Zeitschriften, Zeitungen		
		100.79
Sonstige Ausgaben:		
Beitrag an den AOB	2.401.87	
Delegationen und Konferenzen	5.20	
Anteil der Lokalfeststellen an den Beiträgen	14.432.19	
Guthaben der Zahlstellen vom 4. Quartal 1923 zurück	712.37	
		Summa: Mk. 64 580.55

Bilanz.

Bestand am Schlusse des 4. Quartals 1923	15 060.87
Einnahme im 1. Quartal 1924	85 148.07
Bestand und Einnahme im 1. Quartal 1924	100 208.94
Ausgabe im 1. Quartal 1924	64 580.55
Bestand der Hauptkasse am Schlusse des 1. Quartals 1924	35 628.39
Dapon waren beim Abschluss noch in	
den Lokalfeststellen	12 289.13
den Gaukassen	3 792.00
der Hauptkasse	19 547.26
	35 628.39

Leipzig, den 13. Juni 1924. Ludwig Geist, Kassierer.
Die Revisoren: gez. Thomas Haug, Jos. Neumüller, Hugo Walther.

Abrechnung der Zahlstellen vom 1. Quartal 1924.

Einnahme:		
An die Hauptkasse nicht abgeführte Gelder	12.289.13	
Anteil der Lokalfeststellen an den Beiträgen	14.432.19	
Lokalzuschlag auf die Beitragsmarken	9.986.08	
Sonstige Einnahmen	8.179.27	
Guthaben aus der Hauptkasse zurück	712.37	
		Summa: Mk. 45 599.04

Ausgabe:

Erwerbslosenfürsorge am Ort	451.55
„ auf der Reise	194.05
bei Krankheit	394.54
Streikunterstützung	520.07
Gemäßigtenunterstützung	431.00
Sterbeunterstützung	188.95
Notfallunterstützung	159.20
Rechtschutz	50.50
Agitation	2 027.02
Verwaltung (persönliche)	6 735.11
(sachliche)	5 314.86
Beiträge an Kartelle und Arbeitersekretariate	1 891.37
Delegationen und Konferenzen	2 149.88
Sonstige Ausgaben	2 459.89
Guthaben bei der Hauptkasse	4 191.60
Bestand der Hauptkasse zurück	7 450.37
	Summa: Mk. 34 609.96

Bilanz.

Bestand am Schlusse des 4. Quartals 1923	9 142.80
Einnahme im 1. Quartal 1924	45 599.04
	54 741.84
Ausgabe im 1. Quartal 1924	34 609.96
Reicht Bestand	20 131.88
Davon gehörten der Hauptkasse	12 289.13
Reicht Bestand der Lokalfeststellen	Mk. 7 842.75

Ludwig Geist, Kassierer.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Auf Antrag der Zahlstelle Schwarzenbach wurde der
Schleifer Georg Dennerlein wegen verbandsschädigenden Ver-
haltens aus dem Verbands ausgeschlossen.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Dresden. Außer den bereits quittierten 476.40 Mk. sind für die
abgebrannten Kollegen der Zahlstelle Häselich noch folgende Beträge
bei der Gauleitung eingegangen: von Kirchberg 20.50 Mk., von
Chemnitz 75 Mk., demnach insgesamt 571.90 Mk.
Außerdem sind den geschädigten Kollegen 196.50 Mk. direkt
zugeführt worden, so daß die Sammlung den Betrag von 768.40 Mk.
ergeben hat. Im Namen der abgebrannten Kollegen sagen wir allen
denen, die sich an der Sammlung beteiligten, herzlichsten Dank.
Die Gauleitung. J. A.: Willy Mühlte.

Diegnitz. Den reisenden Kollegen zur Kenntnis, daß in Dieg-
nitz trotz Inzerate zur Zeit eine annehmbare Arbeitsstelle nicht
vorhanden ist. Anständige Steinmehrer und Schleifer müßten
auswärtig Arbeitsgelegenheiten suchen. Durchreisende oder zu-
reisende Kollegen haben sich vor Nachfrage beim Vorsitzenden Ernst
Schreiber, Raabstraße 8, zu melden. Weiter dient den Kollegen
zur Kenntnis, daß der Steinmehrer Wilhelm Rother, geb. in Löbau,
wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden mußte, dem Ver-
bande also nicht mehr angehört.
Die Ortsverwaltung. J. A.: Saupé.

Adressenänderungen.

- Gau (M.) Lauenburg (Pomm.) Vorst: Leo Jastüke, Karls-
straße 59.
- Gau (M.): Wulsdorf-Dehe. Vorst: Herm. Geidel, Lehe, Post-
straße 43. — Klaußill i. Hofst. Vorst. u. Kass.: Wilh. Bier-
mann, Wasserbauamt.
- Gau: Rindisch. Vorst: Adolf Hölzel, Elstra, Brauhausgasse 187.
- Gau: Ritzschbach. Vorst: Friedr. Oswald.
- Gau: Seuken. Vorst: Johann Röder.
- Gau: Reichenhausen. Kass.: Adolf Hegmann.

Neue Bücher, Zeitschriften.

**Praktische Anleitung zum Kalkbrennen im Hoffmannschen
Kalkringofen** von Richard Burghardt, Maschinen-Ingenieur
und Feuerungstechniker. 36 Seiten mit zahlreichen Abbildungen.
Preis 1.60 Goldmark. Versandkosten 5 Pfg. Verlag des Vereines
Deutscher Kalkwerke, Berlin W. 62, Kieganstraße 2. Das all-
gemein verständlich geschriebene Buch führt dem Praktiker an Hand
zahlreicher Abbildungen den ganzen Verlauf des Kalkbrennens im
Ringofen von Anbeginn klar umrissen und kurz gefaßt vor Augen
und erteilt zugleich Ratsschlüsse zur Abhilfe von Brennstörungen,
wie sie sich in Kalkbrennereibetrieben leicht ereignen können. Auch
die Brennstofffrage ist ausführlich behandelt und auf die verjü-
glichen Brennstoffe zum Kalkbrennen hingewiesen. — Das sehr hand-
liche Büchlein umfaßt 12 Abschnitte, in welchen alles Wissenswerte
an Hand zahlreicher Abbildungen, für den Praktiker unter Weg-
lassung aller Nebensächlichkeiten, in gedrängter Kürze wieder-
gegeben ist. — Burghardts Anleitung zum Kalkbrennen im Ring-
ofen ist berufen, viel Gutes zu stiften und verdient daher weiteste
Verbreitung in den Kreisen der Kalkindustriellen.
Thomas Münzer, von Max Dortu, Feuer-Verlag, Leipzig.
Steifbroch 1.20 Mk., Leinen 2.20 Mk. Die Schrift will eine Würdi-
gung des revolutionären religiösen Predigers aus dem Bauernkriege
sein. Thomas Münzer wurde 1525 bei Mühlhausen in Thüringen
hingerichtet. Dortus kleine Schrift regt an, das Leben und Wirken
dieses revolutionären Kämpfers gegen Kirche und Staat anders ein-
zuschätzen, wie es die abgestempelte Schulweisheit uns vorführt.
**Die deutsche Arbeiterschaft und das Sachverständigen-Gutachten
vom 9. April**, von Heinrich Löffler Berlin und Dr. Georg Berger,
Böhm 60 Seiten, Preis 80 Pfg. (bei Mehrbezug billiger). erhältlich
in allen Buchhandlungen oder auch unmittelbar durch den „Firn“-
Verlag, Berlin 35, Karlsbad 4.

Anzeigen

Granitschleifer **Steinmetz**
für Hand und Maschine sowie
Granitsteinmetz
der auch auf Kunststein eingerichtet ist,
stellen in dauernder Beschäftigung sofort
ein
Karl Berner & Sohn
Ober-Walenburg in Schlesien.

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht,
für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingeleitet werden.
In **Mühlhausen** (Thüringen) am 22. Juli der Stein-
mehrer **Martin Frislar**, 52 Jahre alt, Magenkrebs.
In **Tiefenitz** am 27. Juli der Pfaltersteinmacher
Ludwig **Wauter**, 25 Jahre alt, Lungenentzündung.
In **Weimar** am 29. Juli der Steinseher **Eduard Decker**,
64 Jahre alt, Lungenentzündung.
In **Mannheim** am 29. Juli der Sandsteinmehrer **Gerhard
Stapel**, 51 Jahre alt, Kehlkopfentzündung.
In **Striesan** am 30. Juli der Granitsteinmehrer **Paul
Gorlt**, 30 Jahre alt, Mittelohrentzündung.
In **Landsberg** am 3. August der Steinseher **Karl
Beder**, 52 Jahre alt, Grippe.
Ehret ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Stebold, Verlag
von Ernst W indler beide in Leipzig
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig